

Fünf Ordner gegen Bahnlärm

Von unserer Mitarbeiterin
Larissa Hamann

MANNHEIM. 1200 Einwendungen gegen den Ausbau der Riedbahn machen sich am Mittwochmorgen auf den Weg von Mannheim nach Karlsruhe ins Regierungspräsidium. Chauffiert werden sie von Martina Irmscher von der Bürgerinitiative (BI) „Gesundheit statt Bahnlärm in Mannheim“ (GESBIM), Gunther Mair von der Initiative Interessengemeinschaft Bahnregion Rhein-Neckar 21“ (IG BRN 21) und Holger Köppe von der BI „Neuheurmsheim ohne Bahnlärm“.

Die Deutsche Bahn hat einen Planungsfeststellungsantrag zum zweigleisigen Ausbau der östlichen Riedbahn eingereicht (wir berichteten). Dieser lag ab 10. Oktober vier Wochen öffentlich einsehbar bei der Stadt Mannheim im Technischen Rathaus aus. Seit der Veröffentlichung der Pläne haben die Mannheimer Bürger und Bürgerinnen sechs Wochen Zeit ihre Einwendungen zu formulieren und beim Regierungspräsidium einzureichen. Die Frist endet am Dienstag, 24. Oktober.

In Karlsruhe angekommen übergeben die drei engagierten Mannheimer dem Regierungsdirektor des Referats für Planfeststellung Thorsten Maiwald fünf Ordner gefüllt mit den Einwendungen. Im Präsidium erfahren sie, dass rund 400 weitere Einwendungen bereits beim Präsidium eingetroffen waren. „Ich bin so was von positiv überrascht, das ist wesentlich mehr als gedacht. Toll, was die Mannheimer da auf die Beine gestellt haben“, so Irmscher, die sehr dankbar über die Beteiligung der Mannheimer ist.

Grund der Einwendungen und des Engagements der Bürgerinitiativen ist, dass die östliche Riedbahn so ausgebaut werden soll, so dass sie wieder wie früher zweigleisig befahr-

bar ist. Die Ausbau der Riedbahn macht jedoch nicht nur mehr S-Bahnfahrten möglich, es werden voraussichtlich auch mehr Güterzüge Mannheim durchfahren und für einen erheblich höheren Lärmpegel sorgen. „Wir wollen, dass die S-Bahn kommt aber ohne die Lärmzunahme durch Güterzüge.“, so Irmscher.

Die Bahn plant, bis 2025 anstatt der jetzigen 86 Güterzüge 156 pro Tag über die Riedbahn zu schicken. Diese Sorge ist jedoch nur Teil eines größeren Problems. Durch die geplanten ICE-Strecke zwischen Mannheim, Karlsruhe und Frankfurt, die mit der Riedbahn verbunden werden würden, werden ohnehin schon mehr Züge und auch mehr Güterverkehr durch Mannheim geleitet. Das sorgt für mehr Lärmbelastung.

Die Bürgerinitiativen fordern nun, dass das Verfahren pausiert wird. „Unser Ziel ist, dass die Bahn den Einwendungswunsch der Stadt Mannheim aufnimmt und dass das Verfahren auf Eis gelegt wird, bis ein Gesamtkonzept steht.“, so Mair.

Auch die Stadtverwaltung fordert, dass der Ausbau verschoben wird, bis es ein Gesamtkonzept gibt, auf

welchem Weg der Verkehr, insbesondere Güterzüge, durch Mannheim fahren. Mögliche Lösungen wären ein Tunnel oder Umfahrungen für Güterzüge.

Wie geht es weiter?

Das Referat für Planfeststellung wird die Einwände noch bis zum 24. Oktober sammeln und dann sichten. Sobald das Material ausgewertet wurde wird ein Erörterungstermin anberaumt, an dem alle, die Einwände erhoben haben, und die Bahn, die Möglichkeit haben teilzunehmen. Ein Termin dafür steht anbeacht der großen Menge an Dokumenten noch nicht fest. Die BIs hoffen, dass die Bahn ihr Vorhaben vorerst pausiert. Gunther Mair zeigt sich optimistisch: „Mit der relativ hohen Zahl der Einwendungen der Bürger selbst, zusammen mit der Einwendung der Stadt Mannheim ist ein deutliches Zeichen gesetzt. Wir hoffen, dass die Bahn die Zeichen auf gute Zusammenarbeit erkennt.“ Lenkt die Bahn nicht von sich aus ein, dann muss das Eisenbahn-Bundesamt den Planfeststellungsbeschluss fassen und versuchen allen gerecht zu werden.



Holger Köppe (v.l.), Gunther Mair, und Martina Irmscher überreichen Thorsten Maiwald im Regierungspräsidium Karlsruhe die Ordner mit den Einwänden. BILD: HAMANN